



GRÜNE-Kreistagsfraktion Cloppenburg · Bergkamm 2 · 49624 Lönigen

per E-Mail an kreishaus@lkclp.de

An den Landrat des Landkreises Cloppenburg
Johann Wimberg
Eschstr. 29
49661 Cloppenburg

Ulf Dunkel
Fraktionsvorsitzender
ulf.dunkel@k-clp.de

Hannes Coners
Stv. Fraktionsvorsitzender
hannes.coners@k-clp.de

Nils Wolke
nils.wolke@k-clp.de

Stephan Christ
stephan.christ@k-clp.de

Antrag gem. §56 NKomVG:
Ausrufung des Klimanotstandes

Sehr geehrter Herr Landrat.

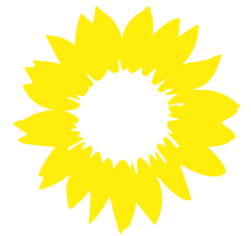
Gemäß § 56 NKomVG beantragt die GRÜNE-Fraktion im Kreistag Cloppenburg in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klimaschutz den Punkt »**Ausrufung des Klimanotstands**« aufzunehmen. Hier sollen folgende Anträge behandelt werden:

Der Kreistag möge punktweise beschließen:

- 1. Der Kreistag Cloppenburg ruft den Klimanotstand aus und berücksichtigt somit ab sofort die Auswirkungen aller Entscheidungen des Kreistages auf das Klima. In den Vorlagen des Ausschusses für Planung Umwelt und Klimaschutz wird in Zukunft eine Kennzahl eingerichtet, welche die Auswirkungen auf das Klima abbildet.**
- 2. Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, einen Überarbeitungsprozess für das Klimaschutzkonzept anzustoßen, in dessen Fokus die Zielsetzung der Klimaneutralität bis 2035 für den Landkreis Cloppenburg steht.**

Begründung:

2022 und auch 2023 ist erneut deutlich geworden, dass die Klimakrise schon heute eine Herausforderung für alle Bereiche der Gesellschaft darstellt. Insbesondere im stark von der Landwirtschaft geprägten Landkreis Cloppenburg werden die Folgen der Krise früh sichtbar. Um dieser



Entwicklung entgegenzutreten, ist kommunales Engagement nötig, weshalb der Kreistag im Jahr 2021 ein Klimaschutzkonzept für den Landkreis auf den Weg gebracht hat. Dies stellt einen grundlegenden Schritt in der politischen Arbeit gegen die Klimakrise für den Landkreis dar.

Gemessen an den Bedingungen des Pariser Klimaabkommens, wonach Deutschland als innovative Industrienation bereits in den frühen 2030er Jahren den Status der Klimaneutralität erreichen sollte, sind die Ambitionen des verabschiedeten Klimaschutzkonzepts jedoch nicht ausreichend.

Die angestrebte Treibhausgasreduzierung von lediglich 21,8 % im Vergleich zum Jahre 2019 bleibt zur nötigen Dekarbonisierung schon in der Zielsetzung weit unter dem Pariser Klimaabkommen. Sie reicht so nicht aus, unserer Verantwortung, die Pariser Klimaziele auf kommunaler Ebene umzusetzen, gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Nils Wolke

GRÜNE-Kreistagsabgeordneter